

26.05.2020

## Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zum Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP – „Berufliche Ausbildung während der Corona-Pandemie sicherstellen – Perspektiven für Auszubildende und Ausbildungsbetriebe schaffen“(Drs. 17/9368)

### **Ausbildungssystem krisenfest machen – Auszubildende und Ausbildungsbetriebe wirksam unterstützen**

#### **I. Ausgangslage**

Die Corona-Pandemie macht auch vor dem Ausbildungsmarkt nicht Halt und gefährdet somit für viele junge Berufsanfängerinnen und -anfänger den Einstieg in den Arbeitsmarkt. Ausbildungsbetriebe leiden teilweise stark unter den durch den lock down notwendigen Einschränkungen betroffen. Schon Ende März warnte die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit NRW davor, dass viele Ausbildungsbetriebe bisher aufgrund der bestehenden Unsicherheit überlegen, wieder Ausbildungsplätze zu schaffen<sup>1</sup>.

Gleichzeitig gefährdet die Corona-Pandemie auch bestehende Ausbildungsplätze. Betriebe, die für ihre Belegschaft Kurzarbeit anmelden können, ist es erst nach sechs Wochen möglich, dies auch für ihre Auszubildenden zu beantragen, was sowohl für die Auszubildenden als auch für die Betriebe schwere finanzielle Einschnitte bedeutet.

Bundesweit ging bereits 2019 laut Berufsbildungsbericht 2020 die Zahl abgeschlossener Ausbildungsverträge um 1,2% zurück, was insbesondere das Handwerk, die Industrie und den Handel betrifft<sup>2</sup>. Auch in NRW waren in April 93.360 junge Menschen als Bewerberinnen oder Bewerber auf einen Ausbildungsplatz bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet – dies ist im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang von 11,3%<sup>3</sup>. Ebenso ging die Zahl der gemeldeten Berufsausbildungsstellen zurück, deren Anzahl mit 92.968 um 8,2% im Vergleich zum Vorjahr abgesunken ist (ebd.). Dieser Trend ist nicht neu und wird durch Corona weiter verschärft.

Die Corona-Pandemie und neue zukünftige Wirtschaftseinbrüche dürfen nicht dazu führen, dass bestehende Ausbildungsplätze verloren gehen und ein ganzer Jahrgang von Berufseinsteigerinnen und -einsteiger daran gehindert wird, eine Ausbildung zu beginnen. Mittelfristig muss daher das Ausbildungssystem so strukturiert werden, dass junge Menschen unabhängig von der wirtschaftlichen Lage eine Ausbildung beginnen können. Eine Lösung

<sup>1</sup> <https://www.arbeitsagentur.de/vor-ort/rd-nrw/content/1533736420858>

<sup>2</sup> [https://www.bmbf.de/files/BBB%202020%20final%20ohne%20Vorwort\\_Sperrfrist%2006-05-2020%2010.15%20Uhr\\_.pdf](https://www.bmbf.de/files/BBB%202020%20final%20ohne%20Vorwort_Sperrfrist%2006-05-2020%2010.15%20Uhr_.pdf)

<sup>3</sup> Bundesagentur für Arbeit (April 2020): Statistik Ausbildungsmarkt Land Nordrhein-Westfalen

bietet die Einführung einer Ausbildungsgarantie, die es Auszubildenden ermöglichen würde, unabhängig von der Wirtschaftslage eine Ausbildung zu beginnen. Kurzfristig müssen von Seiten der Landes- und der Bundesregierung Anreize und Sicherheiten geschaffen werden, die die Ausbildungsbetriebe ermutigen, auch in diesem Jahr Ausbildungsplätze anzubieten. Darüber hinaus müssen kurzfristige Lösungen geschaffen werden, die es ausbildenden Betrieben ermöglicht, ihre bestehenden Plätze zu sichern.

## II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- die duale Ausbildung ist ein zentraler Erfolgsfaktor unseres Wirtschaftssystems.
- das Ausbildungssystem in Deutschland und in NRW befindet sich schon seit mehreren Jahren in einer Schieflage und ist reformbedürftig
- die Einführung einer Ausbildungsgarantie bietet eine Lösung hin zu einem krisenfesteren und sozial gerechteren Ausbildungssystem.
- Während der Corona-Pandemie brauchen Auszubildende und Ausbildungsbetriebe Sicherheiten und Anreize, damit bestehende Ausbildungsplätze erhalten und neue geschaffen werden.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung:

- sich beim Bund dafür einzusetzen, dass Unternehmen auch für Auszubildende Kurzarbeitergeld in Höhe von 100 Prozent beantragen können, ohne die Ausbildungsvergütung für sechs Wochen tragen zu müssen. Ggf. sind die Aufstockungen über den landesweiten Corona-Schutzschirm zu finanzieren;
- in Zusammenarbeit mit dem Bund, Kammern, der Bundesagentur für Arbeit sowie der Regionaldirektion NRW, den Sozialpartnern Ausbildungsbetriebe mit einem Sonderprogramm zu unterstützen, das den Betrieben finanzielle und organisatorische Unterstützung zusichert, wenn sie Ausbildungsplätze schaffen bzw. fertig ausgebildete BerufseinsteigerInnen übernehmen. Hierbei sollte auch geprüft werden, inwieweit der Bund die Sozialbeiträge in diesem Jahr bei Neueinstellungen übernehmen könnte.
- sich beim Bund für eine Reform des Übergangsbereiches einzusetzen, indem mittelfristig eine Ausbildungsgarantie eingeführt wird, die Jugendlichen den Ausbildungsstart auch dann ermöglicht, wenn sie keinen betrieblichen oder vollzeitschulischen Ausbildungsplatz gefunden haben.

Monika Düker  
Arndt Klocke  
Verena Schäffer  
Mehrddad Mostofizadeh

und Fraktion